

Sitzung vom

17. Dezember 2019

Mitgeteilt den

20. Dezember 2019

Protokoll Nr.

975

Auftrag Hug

betreffend vorfrankierte Abstimmungscouverts für Graubünden

Antwort der Regierung

Aktive Bürgerinnen und Bürger sind das Fundament einer Demokratie. Im direktdemokratischen System der Schweiz gibt es vielfältige Möglichkeiten der politischen Teilnahme. In der Politikwissenschaft ist man dabei in den letzten Jahren zur Erkenntnis gelangt, dass die formale politische Beteiligung in der Schweiz unterschätzt wird. Betrachtet man die Stimmbeteiligung nicht ausschliesslich aufgrund der Durchschnittswerte pro Urnengang, sondern danach wie viele Stimmberechtigte über einen längeren Zeitraum zumindest an einem Urnengang teilgenommen haben, ergibt sich eine kumulierte Beteiligungsquote von über 75 Prozent (SERDÜLT UWE, Studie zur Partizipation in: Direkte Demokratie, Herausforderungen zwischen Recht und Politik, Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag, Bern 2013, S. 41 - 50; DERMONT CLAU/STADELMANN-STEFFEN ISABELLE, Die politische Partizipation der jungen Erwachsenen, Universität Bern, 2014). Es macht also durchaus ein beachtlicher Teil der Stimmberechtigten von ihrem Mitspracherecht Gebrauch, allerdings ungleich intensiv. Neben der Gruppe der "Musterbürger/innen", die praktisch immer partizipieren, gibt es eine grosse Gruppe von Bürger/innen, die sehr selektiv teilnehmen, je nach Interesse, Zeit, Betroffenheit, Komplexität sowie Wichtigkeit und Bedeutung der Themen. Dieses selektive Abstimmungsverhalten zeigt sich bei Abstimmungen auf allen Staatsebenen.

Auch wenn es um die formale politische Partizipation besser bestellt ist, als im Auftrag angesprochen, ist es aus staatspolitischen Überlegungen trotzdem angebracht, mögliche Massnahmen zur Steigerung der Stimmbeteiligung zu prüfen. Der nachweisliche Nutzen und das Kosten-/Nutzenverhältnis von Massnahmen sind dabei aber immer auch zu beachten. Der Auftrag verlangt, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Stimmberechtigten des Kantons Graubünden für alle Urnengänge (Abstimmungen und Wahlen) auf allen Staatsebenen vorfrankierte Abstimmungscouverts erhalten und die Portokosten vom Kanton getragen werden. Die Unterzeichnenden des Auftrags versprechen sich von der Vorfrankierung eine Verbesserung der Stimmbeteiligung. Sie verweisen diesbezüglich auf eine Studie der Universität Freiburg, die zum Schluss kommt, dass mit dieser Massnahme die Stimmbeteiligung um 1.8 Prozentpunkte gesteigert werden könnte.

Die besagte Studie basiert auf einem empirischen Vergleich der Stimmbeteiligung in den 325 Gemeinden des Kantons Bern, wovon zeitweise 18 Gemeinden die Portokosten übernahmen (sechs Gemeinden hoben diese Massnahme im Laufe der Zeit wieder auf), über einen Zeitraum von 1989 bis 2014. Angesichts dieser eher schmalen Studienbasis erscheint eine gewisse Zurückhaltung bei der Verallgemeinerung und Übertragung der Erkenntnisse angebracht. Im Kanton Graubünden ist die briefliche Stimtabgabe seit bald 25 Jahren etabliert. Wie eine aktuelle Umfrage bei den Gemeinden im Kanton Graubünden zeigt, macht heute ein deutlich überwiegender

Anteil der Stimmenden von den Möglichkeiten Gebrauch, die briefliche Stimmabgabe portofrei durch Einwurf in einen Briefkasten der Gemeindeverwaltung, oder fallweise auch durch Hinterlegung bei der Gemeindeverwaltung, vorzunehmen. Deutlich anders ist das Verhältnis hingegen in den meisten der acht Gemeinden, welche die Portokosten übernehmen. Dort dominiert die briefliche Stimmabgabe auf dem Postweg. Die Vermutung liegt deshalb nahe, dass eine Portoübernahme durch den Kanton primär eine Verlagerung bei der brieflichen Stimmabgabe vom Einwurf bzw. von der Hinterlegung hin zur Postzustellung zur Folge hätte, aber kaum zu einer signifikanten Steigerung der Stimmbeteiligung führen würde. Der Nutzen dieser Massnahme erscheint vor diesem Hintergrund fraglich.

Auf der anderen Seite ist diese Massnahme mit nicht unerheblichen, wiederkehrenden Kosten verbunden. Diese lassen sich aufgrund der Menge der Zustell- und Stimmkuverts ermitteln, welche der Kanton den Gemeinden jährlich gratis abgibt. Die durchschnittliche Jahresmenge liegt bei 660 000 Kuverts. Diese Menge deckt auch Urnengänge der Gemeinden oder zweite Wahlgänge auf allen Staatsebenen ausserhalb der offiziellen vier Abstimmungstermine ab. Bei Annahme einer durchschnittlichen Stimmbeteiligung von 50 Prozent ergeben sich bei einer Portoübernahme - mit Kosten von Fr. 1.10 pro Sendung - für den Kanton zusätzliche jährliche Kosten von ca. 363 000 Franken. Bei den Gemeinden würde zudem ein nicht bezifferbarer Initialaufwand anfallen, weil der Geschäftsantwortsendung-Datamatrix-Code auf den Stimmrechtsausweisen angebracht und dafür die Einwohnerkontroll-Software eingerichtet werden müsste. Nach Ansicht der Regierung stehen der mögliche Nutzen und die zu erwartenden Kosten der Übernahme der Portokosten in einem deutlichen Missverhältnis.

Aktuell sehen neun Kantone (ZH, OW, GL, ZG, AI, SG, AG, GE, BS) eine Übernahme der Portokosten durch den Staat (Kanton oder Gemeinden) vor. In elf Kantonen (BE, LU, UR, SZ, FR, BL, SH, AR, TG, TI, GR) tragen vereinzelt die Gemeinden freiwillig die Portokosten. Sechs Kantone (NW, SO, VD, VS, NE, JU) kennen keine staatliche Kostenübernahme. Auf Bundesebene scheiterte im letzten Jahr ein Vorstoss, der eine Kostenübernahme bei eidgenössischen Urnengängen durch den Bund gefordert hatte, im Ständerat (Amtliches Bulletin Ständerat, Sommersession 2018, zehnte Sitzung, 12. Juni 2018, Geschäft 17.3762). Für Graubünden wäre von der Übernahme der Portokosten mit Blick auf die politische Partizipation kaum eine relevante positive Wirkung zu erwarten, vielmehr würde dadurch voraussichtlich vor allem die bestens etablierte, kostengünstige Stimmabgabe über den Gemeindebriefkasten konkurrenziert. Unter diesen Umständen ist es aus Sicht der Regierung nicht zu rechtfertigen, dafür wiederkehrend staatliche Mittel in doch erheblicher Höhe aufzuwenden.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Auftrag Hug betreffend vorfrankierte Abstimmungscouverts für Graubünden

Das Schweizer System der direkten Demokratie ist weltweit einzigartig. In keinem anderen Land hat die Bevölkerung so umfassende Mitsprachemöglichkeiten wie in der Schweiz. Diese Volksrechte gilt es als wichtigste Grundlage unserer Demokratie zu bewahren. Leider macht weniger als jede zweite stimmberechtigte Person von ihrem Mitspracherecht Gebrauch. Seit Jahren stagniert die Stimmbeteiligung auf sehr tiefem Niveau und bedauernswerterweise liegt die Beteiligung in Graubünden noch tiefer als der nationale Durchschnitt.

Damit in Zukunft die Abstimmungs- und Wahlergebnisse breiter abgestützt sind, braucht es Massnahmen zur Steigerung der Stimmbeteiligung. Eine dieser Massnahmen ist das Vorfrankieren von Abstimmungscouverts, wie es in vielen anderen Kantonen (z. B. Aargau, Appenzell Innerrhoden, Basel-Stadt, Genf, Glarus, Obwalden, St. Gallen, Zug oder Zürich) bereits umgesetzt wurde. Eine zu diesem Thema verfasste Studie¹ der Universität Freiburg kommt zum Schluss, dass mit der Vorfrankatur die Stimmbeteiligung um knapp 2 Prozentpunkte gesteigert werden könnte. Diese nicht unerhebliche Steigerung lässt sich damit begründen, dass durch das Vorfrankieren der Aufwand für die Abstimmenden reduziert wird. Unter anderem zeigt die Studie nämlich auf, dass mit zunehmendem Aufwand für die Stimmberechtigten (Informationsbeschaffung, finanzieller Aufwand etc.) die Beteiligung abnimmt.

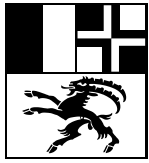
Vor diesem Hintergrund erscheint die Einführung von vorfrankierten Abstimmungscouverts in Graubünden eine sinnvolle Massnahme zur Erhöhung der Stimmbeteiligung mit geringer Kostenfolge für den Kanton zu sein - ungefähr 300 000 Franken pro Jahr². Die Regierung wird daher beauftragt, das Gesetz über die politischen Rechte im Kanton Graubünden (GPR; BR 150.100) dahingehend anzupassen, dass die Stimmberechtigten des Kantons Graubünden für kommunale, kantonale und nationale Abstimmungen bzw. Wahlen von der zuständigen Behörde vorfrankierte Abstimmungscouverts erhalten und die Portokosten von der öffentlichen Hand (Kanton Graubünden) getragen werden.

¹ Schelker M, Schneiter M, 2017. *The elasticity of voter turnout: Investing 85 cents per voter to increase voter turnout by 4 percent. Electoral Studies*, 2017 (49), 65-74.

² Annahmen: Stimmbeteiligung 50 %, Anzahl Stimmberechtigte 140 000, 4 Abstimmungen pro Jahr, Kosten pro Brief (GAS Post CH AG) CHF 1.10 entspricht Kosten von jährlich max. CHF 308 000, gerundet CHF 300 000.

Chur, 22. Oktober 2019

Hug, Caviezel (Chur), Schneider, Aebli, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Bettinaglio, Bondolfi, Brandenburger, Brunold, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Censi, Crameri, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Derungs, Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Gartmann-Albin, Gasser (Chur), Geisseler, Giacomelli, Gort, Gugelmann, Hardegger, Hefti, Hofmann, Hohl, Horrer, Jenny, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Lamprecht, Locher Benguerel, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Marti, Michael (Castasegna), Müller (Felsberg), Noi-Togni, Papa, Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rüegg, Rutishauser, Salis, Sax, Schmid, Schwärzel, Thöny, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Weber, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Chur), Wilhelm, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart), Donatsch, Pajic, Patzen, Spadarotto



Sesida dals

17 da december 2019

Communitgà ils

20 da december 2019

Protocol nr.

975

Incumbensa Hug

concernent cuvertas da votaziun prefrancadas per il Grischun

Resposta da la regenza

Burgaisas activas e burgais activs èn il fundament d'ina democrazia. En il sistem directdemocratic da la Svizra datti differentas pussaivladads da sa participar politicamente. En la scienza politica èn ins arrivà ils ultims onns a l'enconuschientscha che la participaziun politica formala en Svizra vegn sutvalitada. Sch'ins n'analisescha la participaziun a la votaziun betg mo sin basa da valurs medias per scrutini, mabain areguard la dumonda, quantas votantas e votants ch'èn ids a votar almain ina giada durant in temp pli lung, sa mussa ina quota da participaziun cumulada da passa 75 pertschient (SERDÜLT UWE, Studie zur Partizipation en: Direkte Demokratie, Herausforderungen zwischen Recht und Politik, Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag, Berna 2013, p. 41 - 50); DERMONT CLAU/STADELMANN-STEFFEN ISABELLE, Die politische Partizipation der jungen Erwachsenen, Universität da Berna, 2014). Pia profita bain ina part considerabla da las votantas e dals votants da lur dretgs da cundecisiun, però en ina moda differentamain intensiva. Sper la gruppa da las "burgaisas exemplaricas" e dals "burgais exemplarics" che sa participeschan quasi adina, datti ina gronda gruppa da burgaisas e burgais che sa participescha en moda fitg selectiva, tut tenor l'interess, il temp, la pertutgadad, la cumplexitad sco er l'importanza e la muntada dals temas. Quest cumportament selectiv dad ir a votar sa mussa tar las votaziuns sin tut ils plauns statals.

Er sche la participaziun politica formala è meglra che menziunada en l'incumbensa èsi tuttina inditgà or da ponderaziuns statalpoliticas d'examinar mesiras pussaivlas per augmentar la participaziun a votaziuns. Il niz cumprovà sco er la relaziun dal niz e dals custs da mesiras ston en quest connex però adina er vegnir resguardads. L'incumbensa pretenda d'adattar la basa legala uschia che las votantas ed ils votants dal chantun Grischun survegnian per tut ils scrutinis (votaziuns ed elecziuns) sin tut ils plauns statals cuvertas da votaziun prefrancadas e ch'ils custs dal porto vegnian surpigliads dal chantun. Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders da l'incumbensa s'empermettan da la prefrancaziun che la participaziun a votaziuns vegnia meglierada. En quest connex renvieschan els ad in studi da l'università da Friburg che arriva a la conclusiun che cun prefrancar las cuvertas da votaziun possia la participaziun a votaziuns ed ad elecziuns vegnir augmentada per 1,8 puncts procentuals.

Il studi menziunà sa basa sin ina cumparegliaziun empirica da la participaziun a votaziuns ch'è vegnida fatga dals onns 1989 fin 2014 en las 325 vischnancas dal chantun Berna, da las qualas 18 han surpiglià per in tschert temp ils custs da porto (6 da quellas han puspè abolì questa mesira en il decurs dal temp). En vista a questa basa dal studi plitgusch magra, para d'esser inditgada ina tscherta reserva areguard la generalisaziun ed areguard il transferiment da questas enconuschientschas. En il chantun Grischun è la votaziun per corrispondenza etablida dapi bainbaud 25 onns. Sco ch'ina enquesta actuala tar las vischnancas dal chantun Grischun mussa, profita ina clera maiortad da las votantas e dals votants da la pussaivladad da pudair metter

la cuverta da la votaziun per corrispondenza senza porto en la chascha da brevs da l'administraziun communal u mintgatant er cun la depositar tar l'administraziun communal. Cleramain autra è la relaziun percenter en la gronda part da las otg vischnancas che surpiglian ils custs da porto. Là dominescha la votaziun per corrispondenza per posta. Pervia da quai pon ins supponer che la surpigliada dal porto tras il chantun haja primarmain per consequenza che la votaziun per corrispondenza vegnia spustada da la consegna en la chascha da brevs resp. dal deposit a la consegna per posta, ma chaschunass strusch in augment signifitgant da la participaziun a la votaziun. Il niz da questa mesira po vegnir mess en dumonda en vista a quests fatgs.

Da l'autra vart è questa mesira colliada cun custs periodics considerabels. Quels pon vegnir eruids sin basa da la quantiad da cuvertas da consegna e da votar ch'il chantun distribuescha gratuitamain mintga onn. La media da la quantiad annuala importa 660 000 cuvertas. Questa quantiad cuvra er ils scrutinis da las vischnancas u ils segunds scrutinis sin tut ils plauns statals ordaifer ils quatter terminis da votaziun uffizials. Supponind ina participaziun a las votaziuns dad en media 50 pertschient resultant per il chantun custs annuals supplementars da ca. 363 000 francs, sch'il porto vegn surpiglià e sch'ins calculescha cun 1.10 francs per cuverta. Per las vischnancas resultassan ultra da quai custs inizials betg quantifitgabels, perquai che la software da la controlla d'abitantas e d'abitants stuess vegnir installada per ch'il code da la matrix da datas per las cuvertas da risposta possia vegnir stampà sin ils attests da votar. Tenor l'avis da la regenza stattan il niz pussaivel ed ils custs, cun ils quals i sto vegnir fatg quint per surpigliar il porto, cleramain en disproporziun in cun l'auter.

Actualmain prevesan nov chantuns (ZH, OW, GL, ZG, AI, SG, AG, GE, BS) ch'il maun public (chantun u vischnancas) surpiglia ils custs da porto. En indesch chantuns (BE, LU, UR, SZ, FR, BL, SH, AR, TG, TI, GR) pajan per part las vischnancas facultativamain ils custs da porto. 6 chantuns (NE, SO, VD, VS, NE, JU) n'enconuschan nagina surpigliada dals custs tras il maun public. Sin plaun federal ha ina intervenziun che aveva pretendì ch'ils custs per scrutinis federals vegnian surpigliads da la confederaziun fatg naufragi l'onni passà en il cussegl dals chantuns (bulletin uffizial dal cussegl dals chantuns, sessiun da stad 2018, dieschavla sesida, 12 da zercladur 2018, fatschenta 17.3762). En vista a la participaziun politica na fiss per il Grischun strusch da spetgar in effect relevantamain positiv, sch'ils custs da porto vegnissan surpigliads, anzi, i vegniss concurrenzada tras quai probablamain oravant tut la consegna da la vusch fitg bain etablida e favuraivla che vegn realisada cun la metter en la chascha da brevs communal. Sut questas circumstanzas n'èsi betg giustifitgabel en ils egls da la regenza d'impunder per quai mintga onn meds finansials dal stadi en in'autezza tuttina considerabla.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la regenza al cussegl grond da refusar questa incumbensa.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Incumbensa Hug concernent cuvertas da votaziun prefrancadas per il Grischun

Il sistem svizzer da la democrazia directa è unic sin tut il mund. En nagin auter pajais n'ha la populaziun pussaivladads da cundecider uschè cumplexsivas sco en Svizra. Quests dretgs politics vali da mantegnair sco basa la pli impurtanta da nossa democrazia. Displaschaivlamain fa main che mintga segunda persuna cun dretg da votar diever da ses dretg da cundecisiun. Dapi onns stagnescha la participaziun a la votaziun sin in nivel fitg bass, e displaschaivlamain è la participaziun en il Grischun anc pli bassa che la media naziunala.

Per ch'ils resultats da votaziuns e d'elecziuns possian vegnir cuntanschids en il futur sin ina basa pli vasta, dovri mesiras per augmentar la participaziun a las votaziuns ed a las elecziuns. Ina da questas mesiras è il prefrancar las cuvertas da votaziun, sco che quai vegn gia fatg en blers auters chantuns (p.ex. Appenzell Dadens, Argovia, Basilea-Citad, Genevra, Glaruna, Son Gagl, Sursilvania, Turgovia u Zug). In studi¹ da l'università da Friburg davart quest tema arriva a la conclusiun che cun prefrancar las cuvertas da votaziun possia la participaziun a votaziuns ed ad elecziuns vegnir augmentada per stgars 2 puncts procentuals. Quest augment considerabel sa lascha motivar dal fatg che la prefrancatura reducescha la lavur da las votantas e dals votants. Tranter auter mussa il studi numnadamain che la participaziun sa reducescha, sche la lavur da las votantas e dals votants crescha (procuraziun d'infurmaziuns, expensas e.u.v.).

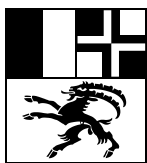
Sut quest aspect para l'introducziun da cuvertas da votaziun prefrancadas en il Grischun d'esser ina mesira raschunavla per augmentar la participaziun a votaziuns ed ad elecziuns. Ella chaschuna pitschens custs per il chantun – circa 300 000 francs per onn². Pervia da quai vegn la regenza incumbensada d'adattar la lescha davart ils dretgs politics en il chantun Grischun (LDPC; DG 150.100) en quel senn che las votantas ed ils votants dal chantun Grischun survegnan cuvertas per las votaziuns e per las elecziuns communalas, chantunalas e naziunalas, ch'èn vegnidas prefrancadas da l'autorità cumpetenta e ch'ils custs dal porto vegnan surpigliads dal maun public (chantun Grischun).

¹ Schelker M, Schneider M, 2017. *The elasticity of voter turnout: Investing 85 cents per voter to increase voter turnout by 4 percent. Electoral Studies*, 2017 (49), 65-74.

² Supposiziuns: participaziun a la votaziun 50 %, dumber da votantas e votants 140 000, 4 votaziuns per onn, custs per brev (correspondenza da risposta Posta CH SA) 1.10 francs, corresponda a custs annuals da max. 308 000 francs, arrundads a 300 000 francs.

Cuira, ils 22 d'october 2019

Hug, Caviezel (Cuira), Schneider, Aebli, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Bettinaglio, Bondolfi, Brandenburger, Brunold, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Censi, Crameri, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Derungs, Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Gartmann-Albin, Gasser (Cuira), Geisseler, Giacomelli, Gort, Gugelmann, Hardegger, Hefti, Hofmann, Hohl, Horrer, Jenny, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Lamprecht, Locher Benguerel, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Marti, Michael (Castasegna), Müller (Favugn), Noi-Togni, Papa, Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rüegg, Rutishauser, Salis, Sax, Schmid, Schwärzel, Thöny, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Weber, Widmer (Favugn), Widmer-Spreiter (Cuira), Wilhelm, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart), Donatsch, Pajic, Patzen, Spadarotto



Seduta del

17 dicembre 2019

Comunicata il

20 dicembre 2019

Protocollo n.

975

Incarico Hug

concernente buste di trasmissione preaffrancate per i Grigioni

Risposta del Governo

Cittadini attivi costituiscono la base di una democrazia. Nel sistema di democrazia diretta svizzero esistono varie possibilità di partecipazione politica. Negli ultimi anni degli studi in scienze politiche sono giunti alla conclusione che in Svizzera la partecipazione politica formale viene sottostimata. Se si considera la partecipazione al voto non esclusivamente sulla base dei valori medi per chiamata alle urne, bensì sulla base del numero di aventi diritto di voto che su un arco di tempo prolungato ha risposto almeno una volta a una chiamata alle urne, risulta una quota di partecipazione cumulata superiore al 75 per cento (SERDÜLT UWE, studio relativo alla partecipazione in: Direkte Demokratie, Herausforderungen zwischen Recht und Politik, Festschrift für Andreas Auer zum 65. Geburtstag, Berna 2013, p. 41 - 50); DERMONT CLAU/STADELMANN-STEFFEN ISABELLE, Die politische Partizipation der jungen Erwachsenen, Università di Berna, 2014). La parte di aventi diritto di voto che esercita il proprio diritto di partecipazione è quindi senz'altro considerevole, anche se ciò avviene con intensità diverse. Oltre al gruppo costituito dai "cittadini modello", che partecipa praticamente sempre, vi è un grande gruppo di cittadini che partecipa in modo molto selettivo, a seconda dell'interesse, del tempo, della misura in cui sono interessati, della complessità nonché dell'importanza e del significato dei temi. Questo comportamento selettivo in relazione alle votazioni si manifesta in relazione a votazioni a tutti i livelli statali.

Anche se la partecipazione politica formale è migliore rispetto a quanto indicato nell'incarico, per considerazioni di politica statale è comunque opportuno prendere in esame possibili misure volte a incrementare la partecipazione al voto. In tale contesto occorre però anche tenere sempre conto del beneficio dimostrato e del rapporto costi/benefici delle misure. L'incarico richiede che le basi legali vengano adeguate in modo tale che gli aventi diritto di voto del Cantone dei Grigioni ricevano buste di voto preaffrancate per tutte le chiamate alle urne (votazioni ed elezioni) a tutti i livelli statali e che le spese di porto vengano assunte dal Cantone. Le firmatarie e i firmatari dell'incarico si attendono che la preaffrancatura delle buste di voto porti a un aumento della partecipazione al voto. A tale riguardo rimandano a uno studio dell'Università di Friburgo, il quale giunge alla conclusione che con tale preaffrancatura la partecipazione al voto potrebbe essere aumentata di circa 1,8 punti percentuali.

Lo studio menzionato si basa su un confronto empirico della partecipazione al voto nei 325 comuni del Cantone di Berna, 18 dei quali si sono assunti almeno temporaneamente le spese di porto (sei comuni hanno di nuovo abolito tale misura nel corso del tempo), per un periodo compreso tra il 1989 e il 2014. In considerazione della base piuttosto limitata su cui si fonda lo studio, risulta opportuna una determinata cautela nella generalizzazione e nel trasferimento delle cognizioni risultate. Nel Cantone dei Grigioni il voto per corrispondenza è una realtà da quasi 25 anni. Come risulta da un sondaggio svolto recentemente tra i comuni del Cantone dei Grigioni, at-

tualmente una netta maggioranza dei votanti fa uso delle possibilità offerte di esprimersi per corrispondenza senza pagare spese di porto imbucando la busta in una bucalettere dell'amministrazione comunale oppure depositandola presso gli uffici dell'amministrazione comunale. Il rapporto è per contro diverso nella maggior parte degli otto comuni che si fanno carico delle spese di porto. In questi casi prevale il voto per corrispondenza per via postale. Vi sono perciò buoni motivi per ritenere che un'assunzione da parte del Cantone comporterebbe principalmente uno spostamento del voto per corrispondenza dall'imbucare o dal depositare la busta direttamente presso l'amministrazione comunale verso l'invio postale, ciò che però difficilmente condurrebbe a un significativo incremento della partecipazione al voto. Ciò considerato, l'utilità di questa misura risulta dubbia.

D'altro lato questa misura è associata a costi ricorrenti non irrilevanti. Questi costi possono essere determinati sulla base delle buste di trasmissione e di voto che il Cantone consegna ogni anno gratuitamente ai comuni. La quantità media annua ammonta a 660 000 buste. Tale quantità comprende anche le chiamate alle urne comunali oppure secondi turni elettorali a tutti i livelli statali al di fuori delle quattro date di votazione ufficiali. Ipotizzando una partecipazione al voto media del 50 per cento, in caso di assunzione delle spese di porto, con costi pari a fr. 1.10 per invio, per il Cantone risulterebbero spese supplementari pari a circa 363 000 franchi all'anno. I comuni dovrebbero inoltre far fronte a una spesa iniziale non quantificabile, poiché sulle carte di legittimazione occorrerebbe apporre il codice a matrice degli invii commerciali-risposta e per questo occorrerebbe adattare il software del controllo abitanti. Secondo il Governo, il possibile beneficio è nettamente sproporzionato rispetto alle spese attese in caso di assunzione delle spese di porto.

Attualmente sono nove i Cantoni (ZH, OW, GL, ZG, AI, SG, AG, GE, BS) che prevedono un'assunzione delle spese di porto da parte dello Stato (Cantone o comuni). In undici Cantoni (BE, LU, UR, SZ, FR, BL, SH, AR, TG, TI, GR) singoli comuni si fanno carico su base volontaria delle spese di porto. In sei Cantoni (NW, SO, VD, VS, NE, JU) non vi è alcuna assunzione dei costi da parte dello Stato. A livello federale, l'anno scorso un intervento parlamentare che chiedeva l'assunzione dei costi da parte della Confederazione in caso di chiamate alle urne federali non ha superato lo scoglio del Consiglio degli Stati (Bollettino ufficiale Consiglio degli Stati, sessione estiva 2018, decima seduta, affare 17.3762). Nei Grigioni difficilmente sarebbero da attendersi effetti positivi considerevoli in termini di partecipazione politica dall'assunzione delle spese di porto. Piuttosto in tal modo si farebbe probabilmente concorrenza all'espressione del voto tramite le bucalettere comunali, metodo che si è dimostrato assolutamente valido ed economico. Ciò considerato, il Governo non ritiene giustificabile impiegare a tale scopo mezzi statali ricorrenti per un importo considerevole.

A seguito di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Incarico Hug concernente buste di trasmissione preaffrancate per i Grigioni

Il sistema di democrazia diretta svizzero è unico al mondo. In nessun altro Paese al mondo la popolazione dispone di possibilità di partecipazione così ampie come in Svizzera. Questi diritti popolari vanno salvaguardati come principale base della nostra democrazia. Purtroppo meno di un avente diritto di voto su due fa uso del proprio diritto di partecipazione. Da anni la partecipazione al voto è stagnante a livelli molto bassi e purtroppo la partecipazione nei Grigioni è ancora più bassa della media nazionale.

Affinché in futuro i risultati di votazioni ed elezioni possano godere di una base più ampia, occorre adottare misure volte a incrementare la partecipazione al voto. Una di queste misure è rappresentata dalle buste di trasmissione preaffrancate, già realtà in molti altri Cantoni (ad ed. Argovia, Appenzello Interno, Basilea Città, Ginevra, Glarona, Obvaldo, San Gallo, Zugo o Zurigo). Uno studio¹ svolto su questo tema dall'Università di Friburgo giunge alla conclusione che con la preaffrancatura la partecipazione al voto potrebbe essere aumentata di circa 2 punti percentuali. Questo incremento non insignificante può essere motivato dal fatto che la preaffrancatura riduce l'onere per i votanti. Lo studio evidenzia infatti tra l'altro che la partecipazione cala con l'aumento dell'onere per gli aventi diritto di voto (acquisizione delle informazioni, onere finanziario, ecc.).

Ciò considerato, l'introduzione di buste di trasmissione preaffrancate nei Grigioni risulta una misura opportuna per aumentare la partecipazione al voto con conseguenze finanziarie limitate per il Cantone, pari a circa 300 000 franchi all'anno². Il Governo viene perciò incaricato di modificare la legge sui diritti politici nel Cantone dei Grigioni (LDPC; CSC 150.100) prevedendo che gli aventi diritto di voto del Cantone dei Grigioni ricevano dall'autorità competente buste di trasmissione preaffrancate per votazioni ed elezioni comunali, cantonali e nazionali e che le spese di porto vengano assunte dall'ente pubblico (Cantone dei Grigioni).

¹ Schelker M, Schneiter M, 2017. *The elasticity of voter turnout: Investing 85 cents per voter to increase voter turnout by 4 percent. Electoral Studies*, 2017 (49), 65-74.

² Ipotesi: partecipazione al voto 50 %, numero di aventi diritto di voto 140 000, 4 votazioni all'anno, spese per lettera (ICR Posta CH SA) CHF 1.10 corrisponde a spese pari al massimo a CHF 308 000 all'anno, arrotondato a CHF 300 000.

Coira, 22 ottobre 2019

Hug, Caviezel (Coira), Schneider, Aebli, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Berther, Berweger, Bettinaglio, Bondolfi, Brandenburger, Brunold, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Censi, Cramer, Danuser, Degiacomi, Della Cà, Derungs, Dürler, Ellemunter, Engler, Epp, Favre Accola, Gartmann-Albin, Gasser (Coira), Geisseler, Giacomelli, Gort, Gugelmann, Hardegger, Hefti, Hofmann, Hohl, Horrer, Jenny, Kasper, Kienz, Koch, Kohler, Kunfermann, Kunz (Fläsch), Lamprecht, Locher Benguerel, Loepfe, Maissen, Märchy-Caduff, Marti, Michael (Castasegna), Müller (Felsberg), Noi-Togni, Papa, Perl, Preisig, Rettich, Ruckstuhl, Rüegg, Rutishauser, Salis, Sax, Schmid, Schwärzel, Thöny, Thür-Suter, von Ballmoos, Waidacher, Weber, Widmer (Felsberg), Widmer-Spreiter (Coira), Wilhelm, Zanetti (Sent), Zanetti (Landquart), Donatsch, Pajic, Patzen, Spadarotto